

Korruption im Bildungssektor

Eine Beschwerde über die Korruption bei der Einschreibung von Studierenden an Hochschulen äußerte ein Einwohner Savannakhets via der öffentlichen Hotline der Nationalversammlung: »Mein Sohn hatte das Eingangsexamen für die Gesundheitswissenschaften bestanden. Sein Name war aber bei der öffentlichen Bekanntmachung von der Liste verschwunden«, so der Anrufer. Darauf stellte Bounsouk Thirasack, Leiter des Büros im Bildungsministerium die Frage, wie der Anrufer denn überhaupt die Ergebnisse vor der offiziellen Bekanntgabe wissen könne. Denn die Ergebnisse seien vorher nur der zuständigen Kommission bekannt.

Thirasack forderte die Öffentlichkeit dazu auf, etwaige Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe von Hochschulplätzen direkt an die zuständigen Autoritäten zu melden, egal um welche Behörde es sich dabei handele. »Die Regierung ist dabei, Korruption und andere negative Praktiken im Bildungssektor zu bekämpfen«, so Thirasack. Dazu gehört auch das Vorgehen gegen gefälschte Zertifikate für weiterführende Schulen und Universitäten, deren Gebrauch weit verbreitet ist. In Korruption verwickelte Bürger wurden in der Vergangenheit bestraft und sollen auch in Zukunft strafrechtlich verfolgt werden. Weiterhin wurden Vorwürfe laut, dass beim Bau einiger Grundschulen die Standards für adäquate Klassenräume und Toiletten nicht eingehalten wurden. Thirasack gab zu, dass die Vorwürfe in einigen Fällen begründet seien. Als Grund nannte er eine nicht standardisierte Finanzierungspraxis, die nicht von der Regierung kontrolliert werde. Er betonte, dass alle Schulen, die vom Ministerium entworfen und finanziert werden, standardisierten Kriterien unterliegen.

vgl. www.vientianetimes.org.la, 8.4.2010

Umstrittener Megadamm in Betrieb

Der umstrittene Staudamm Nam Theun 2 ist Mitte März 2010 in Betrieb genommen worden. 1000 Megawatt Elektrizität sollen vorrangig exportiert werden, ein Teil des Stroms soll an den lokalen Elektrizitätsversorger verkauft werden. Die laotische Regierung verbindet große Hoffnungen mit dem Staudammprojekt. Es soll wesentlich dazu beitragen, Laos bis zum Jahr 2020 aus der extremsten Armut zu befreien. Umweltschutzgruppen kritisieren, das Projekt fördere den illegalen Holzeinschlag, zerstöre die große Biodiversität der Region und führe zu einer Umsiedelung der Anwohner. Diese werden jedoch nicht vom Dammbau bzw. -betrieb profitieren. Das 1,45 Milliarden US-Dollar teure

Projekt gehört der Électricité de France, der laotischen Regierung, der Electricity Generating Public Co. von Thailand und der Italian-Thai Development. Der knapp 440 Meter lange Damm ist ungefähr 250 Kilometer östlich von Vientiane. Das Reservoir bedeckt eine Fläche von 450 Quadratkilometern, die zuvor von Dörfern besiedelt waren. Das Unternehmen hat eine Konzession für 25 Jahre. In dieser Zeit sollen 2 Milliarden US-Dollar an Steuern und anderen Einnahmen an die laotische Regierung fließen. Nach Ablauf der 25 Jahre soll der Damm vollständig in den Besitz der laotischen Regierung übergehen.

vgl. AP, 17.3.2010

80,5 Millionen Dollar Steuereinnahmen

Laut einer Pressemitteilung des Bergbauunternehmens MMG LXML Sepon zahlte das Unternehmen ungefähr 57,5 Millionen US-Dollar Ertragssteuern an die laotische Regierung. Eine offizielle Zeremonie fand am 30. März 2010 im Finanzministerium statt. Zusätzlich zahlte das Unternehmen fast 19,5 Millionen US-Dollar an Nutzungsgebühren, generierte 3,37 Millionen US-Dollar Lohnsteuern und 113.200 US-Dollar Mietgebühren. Die laotische Regierung erhielt im Dezember 2009 eine Dividende in Höhe von 2 Millionen US-Dollar für ihre Unternehmensanteile in Höhe von 10

Prozent. Laut Khampay Vongsakhamphoui, Vizegeneraldirektor der Steuerabteilung ist das Unternehmen der größte Steuerzahler der Bergbaubranche. Während der Zeremonie lobte Vongsakhamphoui die gute Zusammenarbeit zwischen dem Unternehmen und der Regierung. Im Gegenzug dankte Saman Aneka, Direktor des Unternehmens, der Regierung für ihre Unterstützung auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Das Unternehmen zahlte in den sieben Jahren seines Bestehens in Laos insgesamt 430 Millionen US-Dollar an die laotische Regierung.

vgl. KPL, 9.4.2010

nachrichten

Zugang zu Hmong-Flüchtlingslagern

Der australische Botschafter in Laos, weitere Diplomaten, UN-Beamte und Journalisten besuchten unter strikten Sicherheitsvorkehrungen Ende März 2010 das abgelegene Flüchtlingslager der zurückgekehrten Hmong-Flüchtlinge. Das Lager liegt in Zentrallaos (Phonekham), einer bergigen, abgelegenen Gegend. So abgelegen, dass es besser per Helikopter zu erreichen ist. Die einzige Straße, die zum Lager führt, ist kaum passierbar. Im Dezember 2009 schickte die thailändische Regierung mehr als 4.500 Hmong aus Thailand zurück nach Laos. 158 von ihnen waren bereits offiziell von UNHCR als Flüchtlinge anerkannt worden. Diverse Länder, darunter die USA, Australien und die Niederlande, hatten bereits zugesagt, einige der Flüchtlinge aufzunehmen. Australien wollte 47 Flüchtlinge aufnehmen, 17 davon hatten inzwischen humanitäre Visa bekommen, die es ihnen gestatten in Australien zu leben. Nach dem kurzen Besuch scheint jedoch nach wie vor nicht die Aussicht zu bestehen, dass die Flüchtlinge auch tatsächlich nach Australien ausreisen können. Die laotische Regierung sagt, dass die laotischen Flüchtlinge sich freuen wieder in Laos zu sein und nur dort leben wollen. »Alle Flüchtlinge sind stabil, ruhig und zufrieden,

dass sie wieder in Laos sind«, so Brigadegeneral Bouasieng Champaphan, der stellvertretende Befehlshaber der laotischen Armee. Während er sprach soll eine Frau der Hmong den Diplomaten zugeflüstert haben, dass sie nicht in Laos bleiben, sondern in ein anderes Land gehen möchte. Laut Aussagen verschiedener Menschenrechtsorganisationen werden die Asylsuchenden gezwungen, schriftlich zu bekunden, dass es ihnen in Laos gut gehe. Brittis Edman von Amnesty International bestätigte diese Aussagen. Ihm liegen glaubwürdige Berichte vor, die dieses Vorgehen der laotischen Autoritäten verifizieren.

Zeugen erklärten, dass es nicht genug Lebensmittel gibt und dass die medizinische Versorgung nicht ausreichend ist. Die laotische Regierung bietet ausländischen Regierungen an, sie zu kontaktieren, wenn sie Flüchtlinge aufnehmen möchten. Dies war der erste Besuch einer internationalen Delegation bei der Gruppe der Hmong-Asylsuchenden. Die laotische Regierung hatte internationalen Beobachtern zuerst uneingeschränkten Zutritt zur Gruppe der Flüchtlinge zugesagt, diesen bislang aber nicht gewährt.

vgl. www.thesmh.com.au, 5.4.2010 ;
www.bangkokpost.com, 28.3.2010

Unruhen in Thailand wirken sich auch aus

Die brutalen politischen Unruhen in Thailand sorgen auch in Laos für großes Kopfzerbrechen. Laos nutzt Thailand als Portal für Tourismus und Handel. Bouasone Bouphavanh, Premierminister von Laos, sprach Mitte Mai 2010 auf einer Businesskonferenz in Tokio: »Die politische Instabilität in Thailand macht auch uns große Sorgen, da wir eine gemeinsame Grenze mit Thailand haben. Weil wir für unse-

ren Export und Import die Häfen Thailands nutzen, sind wir direkt betroffen«, so Boupavanh weiter, »alle beteiligten Parteien sollten jetzt schnell zu einem Einvernehmen kommen, um so schnell wie möglich wieder politische Stabilität herzustellen. Die politische Stabilität in Thailand ist ein wichtiger Beitrag zur Stabilität der ASEAN.«

vgl. Agence France-Presse, 20.5.2010

Hartes Durchgreifen gegen Opiumanbau

Nach offiziellen Angaben ist schon seit 2005 die nördliche Provinz Phongsaly opiumfrei. Doch jetzt räumte Provinzgouverneur Kham-san Souvong während eines zweitägigen Besuchs einer amerikanischen Delegation im März 2010 ein, dass der Opiumanbau im Geheimen immer noch weiter geht, unter anderem, weil es viele Opiumabhängige in der Provinz gibt. Phongsaly ist die bergigste Provinz in Laos: 86 Prozent der Fläche besteht aus Bergen. Die Infrastruktur ist nur unzureichend entwickelt. 6.400 Familien der Provinz werden als »arm« eingestuft und sind abhängig vom Brandrodungsfeldbau, um wenigstens ihren Lebenserhalt zu sichern. Im Jahr 2000 wurde auf einer ungefähr 3.800 Hektar großen Fläche Opium angebaut; es gab mehr als 6000 Opiumabhängige. Zurzeit beträgt die Anbaufläche etwa 80 Hektar und etwa 1.400 Menschen sind opiumabhängig. »Der Opiumanbau wird zurzeit nur in kleinem Rahmen betrieben und vorrangig zum Eigengebrauch. In letzter Zeit sind nur zwei ausländische Opiumhändler verhaftet worden. Zwar bauen einige auch Opium an, weil es Bestellungen aus dem Ausland gibt, das ist aber eher die Ausnahme«, so Souvong. Zur Lösung des Anbauproblems wurden einige Infrastrukturprojekte ins Leben gerufen, darunter der Bau neuer Straßen, Bewässerungssysteme und der Anbau von Nutzpflanzen. Souvong wies erneut darauf hin, wie schwierig es sei, Menschen, deren Lebensgrundlage vom Brandrodungsfeldbau und Opiumanbau abhängt, dazu zu bringen, diese aufzugeben. Hinzu kommt, dass es kaum alternative und permanente Arbeitsmöglichkeiten gibt. Er bat die US-Regierung darum, weiterhin ländliche Entwicklungsprojekte zu unterstützen, darunter den Straßenbau und die Rehabilitation opiumabhängiger Menschen.

vgl. www.vientianetimes.org.la,
10.3.2010